Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Luckau (Wendland) am Montag, den 17.06.2024 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus in Luckau

---

Anwesend sind:

Gemeindebürgermeister
Henning Schulz

Ratsherr
Peter Bochnig

Ratsfrau
Cécile Höfges

Ratsherr
Frank Schulz

Ratsfrau
Greta Weiß

Ratsherr
Gerhard Ziegler

Ratsherr
Kevin Stanau

Ratsherr
Dr. med. Hinrich Kollenrott

Protokollführung:
Ulrike Seith

Beginn der Sitzung : 19:01 Uhr
Ende der Sitzung : 21:01 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Henning Schulz eröffnet um 19:01 Uhr die Sitzung, begrüßt die Ratsmitglieder, die erschienenen Einwohner:innen sowie Herrn Kassel von der EJZ und Herrn Föllner vom Bauernverband. Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

2. Einwohnerfragestunde

Christine Schüler fragt, wer für das Räumen des unteren Wassergrabens im Luckauer Neubaugebiet zuständig sei. BM H. Schulz antwortet, da es sich um einen reinen Sickergraben ohne Abfluss handele, mache ein Räumen keinen Sinn. Ob es möglich sei, Wasser aus der sumpfigen Wiese oberhalb des Wassergrabens abzuleiten, müsse man sich vor Ort ansehen.

3. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Es wird nach vorliegender Tagesordnung verfahren.

4. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 18.04.2024

Ratsfrau Weiß regt eine Änderung des Protokolls bei Punkt 6 an, damit deutlich werde, dass nicht die gesamte Hecke vom Antragsteller zu pflegen sei. BM H. Schulz merkt an, die Pflege des anderen Teils der Hecke sei ohnehin in anderer Zuständigkeit.

Das Protokoll der Sitzung vom 18.04.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6	Nein-Stimmen:	0	Enthaltungen:	2

5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Die über Förderprogramme zum Weltkulturerbe bereits gestellten Anträge wurden abgelehnt, weil andere Projekte im Umweltranking höher sind, daher wird es dieses Jahr keine Dorferneuerungsmaßnahmen geben.

Der Antrag zur Dorferneuerung Kremlin wird noch dieses Jahr eingereicht, sodass bei Genehmigung eine Förderung in Höhe von 90% in Aussicht steht.

Der Antrag zu Köhlen wird nächstes Jahr gestellt, da steht dann eine Förderung in Höhe von 70% in Aussicht.

Für die zwischen Clenze und Lüchow geplante Veloroute, von der auch die Gemeinde profitiert hätte, ist das Förderprogramm weggebrochen, sodass sie voraussichtlich nicht gebaut wird.

Die Zufahrt zur Dumme-Badestelle von Bülitz aus ist nun für den Autoverkehr gesperrt, von Beesem aus ist der Zugang mit Fahrzeugen weiterhin möglich.

Das Förderprogramm für Baumpflanzungen fördert nur Pflanzungen, die innerorts vorgenommen werden. Das Anlegen und die Pflege der Streuobstwiese im Schwarzen Pfuhl ist förderfähig. Wer weitere Vorschläge für Baumpflanzungen innerorts hat, soll sich bitte beim Bürgermeister melden.

6. die Vorstellung des geplanten Bürgerwindparks zwischen Püggen, Küsten und Diahren

Herr Föllner vom Bauernverband stellt das Projekt vor. Der Bauernverband Nordostniedersachsen (BVNON) habe bereits 3 Windparkprojekte im Landkreis Uelzen und 4 Windparkprojekte nach dem gleichen Modell im Landkreis Lüneburg umgesetzt. Dabei sei der BVNON nicht selbst Investor, sondern führe lediglich Interessenten zusammen. Vermutlich nächstes Jahr mache der Landkreis öffentlich, welche Fläche er für Windparks ausweisen will.
Die Dichte der Anlagen könne sich noch ändern, da auch die Größe (Höhe) noch nicht festgelegt sei.
Sonja Piper fragt, ob oder was für eine Höhenbeschränkung es gebe. Herr Föllner erklärt, da es keine Weltkulturerberegion mehr sei, gelte keine Höhenbeschränkung.

Robert Wessels fragt, ob die Gemeinde Vorgaben zur Höhenbeschränkung beschließen könne. Herr Föllner antwortet, wo es keine Tiefflugkorridore gebe (gebe es an der Stelle nicht), sei keine Höhenbeschränkung möglich. Er bejaht auf Nachfrage, allein der Investor entscheide, wie große und wie viele Anlagen auf einer Fläche gebaut würden.

Aram Quis fragt, ob Gemüseanbau im betroffenen Gebiet berücksichtigt werde, da dort Personen den ganzen Tag zu Fuß auf dem Acker unterwegs seien. Herr Föllner antwortet, Lärmschutz gebe es bisher nur auf Wohngebäude bezogen, nicht auf Arbeiten unter der Anlage. Er habe bisher bei landwirtschaftlicher Tätigkeit unter Anlagen nur an Personen gedacht, die dort mit dem Traktor unterwegs sind. Aber es mache auch zu Fuß nicht krank, ab 700m sei kein Infraschall nachweisbar und es gebe bisher keine Beschwerden in der Richtung. Große Anlagen seien nicht lauter als die mittelgroßen. Auf Nachfrage bestätigt er, dass sie aber lauter als die "ganz kleinen" seien.

Philipp Thürwächter fragt, wie viel von den auszuweisenden 2,89% der LK-Fläche schon bespielt seien. Herr Föllner antwortet, 2019 seien es 0,51% gewesen, es komme also ca. noch 5 x soviel dazu, als schon vorhanden sei.

Herr Föllner sagt, die Anlagen ragten nur ca. 30cm tief in das Erdreich. Erschütterungen seien durch den Betrieb des Windparks nicht zu befürchten; während des Baus seien eventuell Erschütterungen zu befürchten, deshalb werde es vorher Beweissicherungsverfahren geben.

Herr Föllner erklärt, der Bauernverband lege Wert auf maximale Wertschöpfung vor Ort, inkl. Gewerbesteuer. Vorteile, wenn die Gemeinde als Projektentwickler tätig werde, seien eine schnelle Amortisation der Investitionen und dass sehr gute Renditen möglich seien. Durch die Ausweisung durch den Landkreis gebe es schon eine relativ hohe Sicherheit, dass das Projekt funktioniere. Außerdem könne die Gemeinde regionale Stromvermarktungsmodelle "mit entwickeln". Risiken bestünden vor allem hinsichtlich der Preisentwicklung für Anlagen, Material und Service und der Entwicklung der Finanzierungskonditionen.

Robert Wessels fragt, ob "Bürgerwindpark" denn heiße, dass Landbesitzer plus Gemeinde plus Privatpersonen beteiligt seien. Herr Föllner antwortet, Privatpersonen würden nicht beteiligt, weil das zu viel Arbeit mache und zu kleine Anteile ergeben würde. Vorgabe seien mindestens 51 Gesellschafter mit max. 10%-Anteilen. Das Land wolle 20% der Anteile in Privathand, aber es gebe Möglichkeiten, um diese Vorgabe herumzukommen.

Auf die Frage von Ratsherr Bochnig, welche Rechtsformen möglich seien, sagt Herr Föllner, es sei eine GmbH&CoKG vorgesehen. Ratsherr Bochnig fragt nach, ob nicht auch z.B. eine Genossenschaft, etwas demokratischeres möglich sei. Herr Föllner verneint, GmbHs seien einfacher.

Herr Föllner erklärt, ca. 160 000 EUR pro WEA (Windenergieanlage) koste es bis zur BlmSchG-Genehmigung. 160 000 EUR über vier Jahre ergebe Investitionen in Höhe von 40 000 EUR/Jahr pro Windrad. Die Gemeinde müsse entscheiden, welchen Anteil am Windpark sie übernehmen wolle und das dann mit der Kommanditaufsicht klären. Eine WEA im Betrieb bringe dann 250 000 EUR Gewinn vor Steuern/Jahr ein. Der Bauernverband bekomme lediglich ein Planungshonorar und eine Vergütung für das Management von Bau und Betriebsführung.

7. die 1. Änderung des Bebauungsplans ,,Im schwarzen Pfuhl – Neufassung“ mit örtlicher Bauvorschrift

BM H. Schulz berichtet, die Stellungnahme des Landkreises habe lediglich zu der Änderung geführt, dass auf allen Häusern Blechdächer zugelassen würden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6	Nein-Stimmen	2	Enthaltungen:	0

8. die Freiflächen Photovoltaik

BM H. Schulz berichtet, es gebe momentan keinen Antragsteller in der Gemeinde und fragt, ob die Gemeinde ihre Anteile verkaufen wolle. Ein Vertrag werde ggf. von den Neuwahlen geschrieben. Anfragen von anderen Gemeinden gebe es noch nicht, aber Woltersdorf habe vermutlich Bedarf.

Ratsherr Bochnig merkt an, ortsansässigen Investoren solle der Bau kleiner Anlagen weiterhin möglich sein. BM H. Schulz meint, es sei möglich, dass sich der Flächenanteil in Zukunft wieder erhöhe, so dass dies dann gegeben sei.

Ratsfrau Weiß regt an, die Möglichkeit bekannt zu machen, woraufhin BM H. Schulz erklärt, alle in der Gemeinde vorhandenen Flächen seien für Investoren zu klein.

Ratsherr Bochnig regt an, einen Bürger:innen-Solarpark zu planen.

Auf Nachfrage von Ratsherr H Kollenrott erklärt BM H. Schulz, die für die Gemeinde anfallenden Einnahmen blieben gleich, naturschutzmäßig könnten aber Flächen in anderen Gemeinden besser geeignet sein. Man könne nicht warten, ob jemand kleinere Flächen wolle, weil die Sache bis 31. Juli entschieden sein müsse. Alle potenziellen Interessent:innen müssten das inzwischen mitbekommen haben.

Der Gemeinderat beschließt, in dieser Sache weiterzugehen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen:	1

9. die Anbringung „Kreuz ohne Haken“

Ratsfrau Höfges den Antrag, die Gemeinde möge in jedem Dorf ein Kreuz ohne Haken aufstellen lassen. Nachdem in Beesem schon eines steht, müssten nur 10 Stück beschafft werden.

BM H. Schulz fragt, ob es da nicht innerhalb der Dörfer einen Topf dafür gebe. Die Ratsherren Kollenrott und F. Schulz meinen, das könnte z.B. aus den Jagdkassen entnommen werden.

Was jeweils der geeignetste Platz dafür ist, ob eine Bushaltestelle oder der Dorfplatz oder ein anderer passender Ort, können die Dörfer selbst entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8		Nein-Stimmen:	0	Enthaltungen:	0

10. den aktuellen Sachstand über das Sondergebiet Schlachthof in Steine

BM H. Schulz berichtet, die Gemeinde sei seit einem dreiviertel Jahr in Verhandlungen mit dem Landkreis, was bisher auf Landkreiswunsch hin nicht öffentlich gemacht worden sei, um eine Preissteigerung für den Kauf zu vermeiden. Der Landkreis wolle das Verwaltungsgebäude in Steine kaufen und brauche dafür das Wohlwollen der Gemeinde. Es sei aber keine Einigung erzielt worden, und die Gemeinde wolle den B-Plan bei einem Kauf durch den Landkreis nicht ändern. Dann sei die Spedition Eich an die Gemeinde herangetreten, für die das Sondergebiet Schlachthof im B-Plan auch ein Hindernis darstelle.

Bei einem informellen Treffen mit Vertretern von Planern auf Samtgemeinde- und Landkreisebene, Eich, Huarong und Gemeinderat sei über die Möglichkeit einer befristeten Genehmigung für Eich gesprochen worden, falls die Gemeinde dafür Bereitschaft signalisiere. Außerdem habe dort der Huarong-Vertreter Hempelmann mitgeteilt, Huarong sei bereit, Wohnhäuser und Grünland in Steine zu verkaufen, um ein B-Plan-Änderung zu finanzieren.

Der Landkreis wolle nun am 18. August entscheiden, an welchem Ort etwas in Sachen Geflüchtetenunterkunft passieren soll.

Ratsherr Ziegler fragt, ob auch das Dorendorf-Haus zum Verkauf stünde. BM H. Schulz verneint.

Ratsherr Bochnig ergänzt, ein Gesamtkauf des Dorfes Steine durch den Landkreis sei vom Landkreis abgelehnt worden. Begründet habe der Landkreis dies damit, dass das Land so einem Kauf nicht zustimmen würde.

Er teilt mit, die Zukunftswerkstatt Steine, deren Vorbereitung bei der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen wurde, finde nun am 29. September statt. Dort solle erkundet werden, was im Interesse der Gemeinde im Bebauungsplan für Steine stehen soll. Der Termin werde auch über den Newsletter bekannt gegeben.

11. den Spielplatz in Bülitz

Ratsfrau Weiß stellt den Antrag vor. In Bülitz lebten zur Zeit 10-11 Kinder im Spielplatzalter. Der Versuch, zusätzliche Fördermittel zu bekommen, sei leider erfolglos geblieben. Deshalb sei der Plan jetzt, den Spielplatz mit viel Eigenarbeit und den als Gemeindeanteil eingeplanten 5000 Euro zu erstellen.

BM H. Schulz teilt mit, 10 000 Euro seien im Haushalt, die dafür verwendet werden könnten.

Der Gemeinderat erörtert Fragen zur Anforderung mehrerer Angebote, Denkmalschutzanforderungen, Abstandsregeln und Baugenehmigung. Damit Bülitz nicht vor den anderen Dörfern bevorzugt wird, wäre im nächsten Jahr ein anderes Dorf dran.

Ratsherr Kollenrott regt an, mehr Bewegungsanregung in den Spielplatz einzubauen, das Wustrower Jugendzentrum habe z.B. einen Basketballkorb.

BM H. Schulz merkt an, von den 5000 Euro würden voraussichtlich um die 2000 Euro für die Baugenehmigung erforderlich werden. Jetzt gehe es erst mal generell darum, ob es in Richtung Spielplatz Bülitz weitergehen soll.

Antrag: Der Rat der Gemeinde Luckau (Wendland) beschließt, bis zu 5000 Euro für die Planung und Errichtung eines Spielplatzes in Bülitz auszugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8	Nein-Stimmen:	0	Enthaltungen:	0

12. Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder

Ratsherr K. Stanau fragt, ob die Gemeinde einen Zuschuss für das Saubermachen der Straßengräben in Luckau geben könne, maximal ca.300 Euro.

Ratsherr F. Schulz gibt zu bedenken, das sollten dann die anderen Dörfer auch bekommen.

BM H. Schulz meint, das wären dann 5000 Euro.

Ratsherr F. Schulz stellt fest, der Spielplatz bekomme ja auch 5000 Euro.

Ratsherr H. Kollenrott berichtet, in Zeetze sei das eher eine gemeinsame Dorfaktivität, eine Art Dorffest, das Dorf habe noch nie Geld dafür bekommen.

BM H. Schulz schlägt vor, das Thema auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Ratsherr Bochnig berichtet vom Arbeitskreis zur Renaturierung der Dumme. Das Ingenieurbüro aus Hamburg habe seine Bestandsaufnahme vorgestellt und einen Gestaltungsvorschlag gemacht, bei dem 90% des Wassers über die alte Dumme und 10% des Wassers über den Dumme-Kanal fließen würden. Träger der Maßnahme sei der BUND. Verbände und Behördenvertreter seien positiv gewesen, nun müsse der Kontakt zu den Eigentümer:innen intensiviert werden.

13.Einwohnerfragestunde

Helga Höfer fragt nach dem genaueren Stand der Dinge in Steine. BM H. Schulz sagt, Huarong wolle Häuser und Grünland verkaufen und von dem Erlös eine B-Plan-Änderung bezahlen. Ratsherr Kollenrott ergänzt, Eich habe noch nichts in die Wege geleitet. BM H. Schulz meint, Eich und Huarong seien am Zug.

Aram Quis fragt, ob das Parkverbot vor seinem Hof aufgehoben und auf die andere Straßenseite verlegt werden könne. BM H. Schulz erläutert das Zustandekommen dieses Parkverbots und meint, nach einer Änderung seien eventuell mehr Schilder als vorher zu erwarten.

Jürgen Hövermann berichtet, in Köhlen seien zwei Spielplätze und Dorfplatz ohne Zuschüsse geschafft worden.

Frank Schwarz berichtet, vor der Geflüchtetenunterkunft in Steine liege Müll herum. Das DRK sei mehr als der ASB anwesend gewesen, dieser sei höchstens ein paar Stunden am Tag vor Ort. BM H. Schulz erklärt, die Gemeinde sei da auch nur Zuschauer, der Gemeinde sei ein Mitspracherecht zugesichert, aber nicht umgesetzt geworden. Zuständig für die Zustände in Steine seien Samtgemeinde und Landkreis.

17. Schließung der Sitzung

Die öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Luckau (Wendland) wird um 21:01 Uhr geschlossen.

_____
(Schulz)
Gemeindebürgermeister

_____
(Seith)
Protokollführerin